

## Auf Taubenfüßen Nach Ankara

### Deutsche Außenpolitik in der Türkei und Nordsyrien

Es tut sich etwas in der deutschen Nahost-Politik. Es fragt sich nur was. Kurz vor der zweiten Invasion türkischer Truppen nach Nordsyrien reiste Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) in die Türkei, nach der Invasion folgte ihm Außenminister Heiko Maas (SPD), und in Berlin verkündete Wehrministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) den Plan einer Sicherheitszone in Syrien an der Grenze zur Türkei. Alle drei ließen keinen Zweifel daran, dass sie die Invasion für völkerrechtswidrig hielten. Doch was folgte daraus?

Seehofer ging es offenbar nur um die Stabilisierung der türkischen Grenze gegen Flüchtlinge. Eine Warnung vor den schon bekannten Invasionsplänen der Türkei ist von ihm nicht überliefert. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan musste von deutscher Seite keinen Druck befürchten. Der kam vom türkischen Außenminister Cavusoglu gegen seinen deutschen Kollegen. Er begrüßte Maas mit der Warnung, ja nicht mit erhobenem Finger zu kommen und beschimpfte ihn der Beihilfe zum Terrorismus. So beschränkte sich Maas darauf, für eine Waffenruhe, den Schutz der Zivilisten und für die Beachtung des Internationalen Rechts gegenüber Flüchtlingen zu plädieren. Keine Forderung nach Rückzug aus den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten, keine Drohung mit Sanktionen, etwa dem Ende des EU-Türkei-Abkommens oder gar mit dem Internationalen Strafgerichtshof, den NATO-Mitglieder ohnehin nicht zu fürchten haben.

Beide Minister kamen auf Taubenfüßen nach Ankara – und Maas reiste mit der versöhnlichen Geste einer gemeinsamen Kritik mit seinem türkischen Kollegen an seiner deutschen Kollegin Kramp-Karrenbauer ab: Die Sicherheitszone – eine Schnapsidee? Germans to the front, das ist die Botschaft, die Beute nicht Russland und Iran zu überlassen. Dabei zu sein, wenn es um die Sicherung der Frontlinie und die Teilung der Beute geht. Um die Kurden, ob in der Türkei oder Syrien, haben sich Deutschland und die NATO noch nie gekümmert. Sie haben den Krieg Ankaras in Südostanatolien jahrzehntelang geduldet wie jetzt den Krieg in Syrien.

Die deutsche Justiz verfolgt bis heute gemäß der Forderung Erdogans Kurden wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung – als solche gilt die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – und verhängt mehrjährige Haftstrafen. Sie betreibt das Geschäft Erdogans vor deutschen Gerichten, während dieser wegen Aggression und schwerer Kriegsverbrechen vor ein deutsches oder internationales Strafgericht gehört. Allerdings müsste sich dann auch die deutsche Außenpolitik wegen Beihilfe durch Unterlassen – ein strafrechtliches Delikt – und wegen des erneut bewilligten Einsatzes der Tornados über Syrien verantworten.

Norman Paech